

Freie Wähler Ginsheim-Gustavsburg e.V. 65462 Ginsheim-Gustavsburg

An den
Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
Ginsheim-Gustavsburg
Herrn Torsten Reinheimer

Freie Wähler Ginsheim-Gustavsburg
- Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung -
Rolf Leinz
Fraktionsvorsitzender
Immanuel-Kant-Str. 3
65462 Ginsheim-Gustavsburg
Tel. 06144 / 40 19 88

rolf.leinz@fw-gigu.de
www.fw-gigu.de

Ginsheim-Gustavsburg, 28.11.2025

Änderungsantrag der Freien Wähler zum Antrag der CDU-Fraktion zur Anpassung der Gebühren der Stadt (Vorlage 2025/0336)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion der Freien Wähler stellt folgenden Änderungsantrag:

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, die bestehenden Gebührensatzungen und sonstigen Rechtsvorschriften für Abgaben regelmäßig daraufhin zu prüfen, inwieweit die erhobenen Gebühren den tatsächlichen Kosten der jeweiligen Leistung entsprechen. Ziel ist, den Kostendeckungsgrad schrittweise zu erhöhen, unter Berücksichtigung des **Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzips**.

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Regelmäßige Überprüfung

- Einmal jährlich eine Übersicht über alle kommunalen Gebühren vorzulegen, die darstellt, in welchem Umfang die Gebühren derzeit die Kosten decken.
- Aufzuzeigen, bei welchen Gebühren Anpassungsbedarf besteht und welche Gründe einer Anpassung entgegenstehen.

2. Transparente Anpassungsvorschläge

- Vorschläge für Anpassungen auf Grundlage der tatsächlichen Kostenentwicklung zu erstellen.
- Anpassungen sollen sachlich begründet und nachvollziehbar sein, nicht automatisch an eine Zielinflationsrate gekoppelt.

3. Priorisierung und Umsetzung

- Priorität haben Gebühren, die derzeit deutlich unter den tatsächlichen Kosten liegen.
- Die Verwaltung kann Anpassungen gebündelt in regelmäßigen Abständen (z. B. jährlich oder alle zwei Jahre) zur Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung vorlegen.

4. Berichterstattung an HFA

- Sollte eine Anpassung in einzelnen Bereichen aus rechtlichen oder sachlichen Gründen nicht möglich sein, ist dies dem Haupt- und Finanzausschuss nachvollziehbar zu erläutern.

Begründung:

Die Freien Wähler unterstützen die Intention, die Kostendeckung der städtischen Gebühren zu erhöhen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommune langfristig zu sichern. Gleichzeitig müssen Gebühren den **Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzipien** entsprechen. Eine automatische Kopplung an die Inflationsrate ist rechtlich nicht zulässig. Durch regelmäßige, sachlich begründete Anpassungen kann eine transparente und faire Kostenverteilung erreicht werden, ohne Bürgerinnen und Bürger unverhältnismäßig zu belasten.



Rolf Leinz
Fraktionsvorsitzender
Freie Wähler